

12 FORDERUNGEN DES MITTELSTANDS: WAS EINE NEUE REGIERUNG ANPACKEN MUSS

Der Mittelstand erwartet bei der Regierungsbildung keine Hinterzimmerabsprachen, sondern einen vollkommen neuen Weg einer Bürgerregierung, die die Menschen dieses Landes bei der Erarbeitung eines Koalitionsvertrages in vollem Umfang mitbeteiligt. Für den deutschen Mittelstand sind folgende Themen von zentraler Bedeutung:

1. Wir fordern eine Halbierung der Bürokratiebelastung für kleine und mittlere Unternehmen.

Die Bürokratiebelastung ist geschäftsschädigend und behindert Innovationen und wirtschaftliche Aktivitäten. Die neue Regierung muss einen Schwerpunkt darauf legen, bestehende bürokratische Hemmnisse zu verringern. Dazu gehört neben dem Abbau der Mindestlohnbürokratie und der Reduzierung der Bürokratie bei Forschungs- und Investitionsanträgen auch die Rücknahme der Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen. Zudem gilt es, neue Bürokratie auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Die One-in-One-out-Regel darf nicht durch die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht untergraben werden. Ebenso müssen Gesetze einer zeitlichen Begrenzung unterliegen.

2. Wir fordern die Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Der Solidaritätszuschlag ist nicht mehr zeitgemäß und gehört abgeschafft, spätestens zum Jahr 2019 wie politisch versprochen. Das würde Bürger und Unternehmer gleichermaßen entlasten. Die künftige Regierung muss den Einstieg in den Ausstieg aus dem Soli festschreiben.

3. Wir fordern den Erhalt des Bargelds.

Die künftige Regierung muss ein Zeichen für die unternehmerische Freiheit setzen und sich für den Erhalt des Bargelds aussprechen. Bargeld ist geprägte Freiheit und muss daher Bestand haben. Die Argumente, dass sich ohne Geldscheine die Schwarzarbeit und die Kriminalität eindämmen ließen, sind im Zeitalter der Digitalisierung haltlos. Eine entsprechende Initiative erwarten wir von einer Bundesregierung auch auf der europäischen Ebene.

4. Wir fordern verlässliche, höhere Investitionen in Bildung. Ein Prozentpunkt der bestehenden Mehrwertsteuer muss zusätzlich in Bildung investiert werden.

Bildung ist Deutschlands wichtigster Rohstoff. Eine erfolgreiche Bildung erfordert vor allem Investitionen, in die Infrastruktur, die Ausstattung sowie Aus- und Weiterbildungsprogramme. Um die Bildung auch für die digitale Zukunft fit zu machen, benötigen wir zudem mehr finanzielle Mittel für die Modernisierung der Bildungslandschaft.

5. Wir fordern ein Digitalministerium als zentralen Ansprechpartner für die Digitalisierung in Deutschland.

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands steht in einer zunehmend vernetzten und globalisierten Welt vor großen Herausforderungen. Das Thema Digitalisierung, insbesondere deren Chancen und Risiken, muss für die nächste Regierung daher einen großen Stellenwert einnehmen. Dazu gehört ebenso ein schneller flächendeckender Glasfaserausbau bis in die Gebäude.

6. Wir fordern die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung in Höhe von 15 Prozent der eigenfinanzierten FuE-Aufwendungen.

Deutschland muss seine innovativen Potentiale stärker nutzen, dazu müssen Investitionen in Forschung und Entwicklung gesteigert werden. Für kleine und mittlere Unternehmen, muss es daher möglich sein, Innovationen steuerlich zu begünstigen. Beispielsweise als Zusatz oder in Kombination mit der Projektförderung oder auch im Rahmen von Personalkosten. Wir erwarten, dass die Bundesregierung den Wettbewerbsnachteil für den deutschen Mittelstand endlich beendet. Denn in 28 von 35 OECD-Staaten ist die steuerliche Forschungsförderung schon längst Realität

7. Wir fordern ein Wagniskapitalgesetz.

Wir brauchen mehr Unternehmerinnen und Unternehmer und ohne eine lebendige Gründungskultur droht Stagnation. Die kommende Regierung muss unbürokratische Lösungen für Gründer und deren Förderung stärken, dazu gehört vor allem auch ein Wagniskapitalgesetzes, um die staatliche und auch private Finanzierung von unternehmerischen Ideen zu unterstützen.

8. Wir fordern ein Einwanderungsgesetz.

Neben der staatlichen Verantwortung bei Flucht und Asyl müssen Grenzen der Belastbarkeit und der wirtschaftlichen Möglichkeiten gesehen werden. Es ist für Deutschland nicht sinnvoll, zu versuchen, eine planlose Zuwanderung zu organisieren oder die Menschen sich selbst zu überlassen. Deutschland braucht ein modernes Einwanderungsgesetz, das Zugangswege, Integrationsperspektiven und Integrationsbedingungen regelt.

9. Wir fordern Langzeitarbeitskonten.

Unsere Welt unterliegt einem beständigen Wandel, das betrifft auch den Arbeitsmarkt und den sozialen Sektor. Daher ist es unerlässlich, durch mehr Flexibilität auch Spielräume für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem eine Modernisierung des Arbeitszeitrechts. Der Mittelstand setzt sich in diesem Zusammenhang für die Einführung von Langzeitarbeitskonten ein. Darüber hinaus darf es keine neuen Sozialgeschenke wie in der Rentenpolitik geben.

10. Wir fordern ein Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen.

Die künftige Regierung muss daran arbeiten, die Energiewende weiter voranzubringen. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen. Damit die Energiewende auch ökonomisch vorangehen kann, müssen Unternehmen schrittweise entlastet werden, beispielsweise durch die Senkung der Stromsteuer.

11. Wir fordern eine Abkehr von Fahrverboten.

Im Verkehrsbereich bahnen sich radikale Veränderungen an, die enorme Potentiale für den Mittelstand beinhalten. Die Politik muss daran arbeiten, die Verkehrswende voranzubringen. Es darf aber nicht sein, dass mittelstandsfeindliche Aussparungsstrategien für eine technologieoffene Verkehrspolitik in Betracht gezogen werden. Fahrverbote müssen unbedingt verhindert werden.

12. Wir fordern eine Stärkung der EU.

Die Europäische Union ist der größte gemeinsame Markt der Welt und Garant für Frieden und Stabilität in Europa. Die europäische Identität muss gestärkt werden und deren Werte und Themen stärker kommuniziert werden. In diesem Zusammenhang muss aber auch die Subsidiarität gewahrt werden, damit die europäischen Ideen an Akzeptanz gewinnen. Denn europäische Institutionen dürfen nicht regeln, was Länder oder Regionen besser und effizienter überblicken können. Zu einer starken Europäischen Union gehört ebenso ein stabiler Euro und keine Transferunion. Die künftige Regierung muss diese Ziele für Europa klar im Blick haben.

Der BVMW vertritt im Rahmen seiner Mittelstandsallianz die Interessen von über 560.000 Unternehmen und Mitgliedern, die über elf Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Über 300 Repräsentanten haben jährlich rund 700.000 direkte Unternehmerkontakte. Der BVMW organisiert mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.

Kontakt:

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.
Bereich Volkswirtschaft & Politik
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin
Tel.: +49 (0)30 533206-47, Fax: +49 (0)30 533206-50
politik@bvmw.de, www.bvmw.de